Instituto Regional da Pequena Agropecuária Apropriada - IRPAA

Avenida das Nações 04, Bairro Castelo Branco,
CEP 48.905-531; Juazeiro – Bahia, Brasil.
Telefone: 55 (74) 3611 6481; **irpaa@irpaa.org / www.irpaa.org**

Juazeiro, 23.03.2025

An den
Brasilienkreis St. Heinrich, Marl
Jürgen-Schmeling-Str. 10
D- 45768 Marl

BERICHT 2024

Das Jahr 2024 war weltweit von erschütternden Ereignissen geprägt: Umweltkatastrophen, Kriege an vielen Orten der Welt, politische Krisen, Fremdenhass, Gier, Ausbeutung, Gewalt, Rechtsextremismus in der Offensive ... u.a.m.
Auch in Brasilien sind diese Szenarien zu spüren. Klima-Extreme, verheerende Überschwemmungen im Süden Brasiliens, extreme Trockenheit in vielen Regionen, Waldbrände - die brasilianischen Biome haben im Jahr 2024 Feuerrekorde gebrochen.

Die Wirtschaftspolitik, die sich den Interessen des großen Agrarkapitals unterordnet, wirkt sich besonders auf die traditionellen Landgemeinden aus, diese stehen im Fadenkreuz des kapitalistischen Systems und des Investitionsmodells. Ständig werden traditionelle Völker und Landgemeinden von Vertretern und Vertreterinnen der Großunternehmen (Bergbau, Windkraft- und Fotovoltaikanlagen, Überlandleitungen, CO2-Kompensationen, etc.) und von Vertretern und Vertreterinnen der Regierungsorganisationen bedrängt, um die Menschen davon zu überzeugen, Erhebungen auf ihrem Land zuzulassen, Formulare mit Informationen über die Dorfgemeinschaft auszufüllen und Verträge zu unterzeichnen (bei denen es sich häufig um missbräuchliche Verträge handelt) um danach Bodenschätze auszubeuten und/oder Flächen zur Energiegewinnung zu reservieren.
Oft wird behauptet, dass die Bevölkerung der traditionellen Landgemeinden nichts dagegen tun könne, da es sich um Projekte des nationalen, öffentlichen Interesses handelt. Unternehmen und staatliche Sektoren gehen oft Hand in Hand, zum Beispiel bei der Flexibilisierung der Umweltpolitik und des Umweltschutzes.
Die Erwartung, dass die Regierung des Präsidenten Lulas positive Änderungen bringen kann, ist in diesem Bereich nicht eingetreten. Das Kapital gibt den Ton an.
Auch die Minderheitsregierung des Präsidenten Lula trägt dazu bei, dass es zu keinen signifikanten Änderungen, besonders im Landbereich und der Garantie der Rechte der traditionellen Landgemeinden kommen wird, da ja gerade diese Landflächen im Blick der Großunternehmen sind.
Zudem haben die Großunternehmen starken Rückhalt im brasilianischen Abgeordnetenhaus und im Senat, vor allem durch die sogenannte Bancada Ruralista (Abgeordneten der Agrarlobby).

Ein Beispiel hierfür ist der Antrag auf Dringlichkeit zur Genehmigung der Abschaffung der „sozialen Funktion des Landes“. Am 26. November billigten 290 Bundesabgeordnete die Dringlichkeit des Gesetzentwurfs (PL) 4357 aus dem Jahr 2023, dass die „soziale Funktion des Landes“ aus dem Gesetz 8629 streichen soll. Die soziale Funktion des Landes bedeutet, dass die Landbesitzer*innen dazu verpflichtet sind, auf ihrem Land nachhaltig zu produzieren, um zu verhindern, dass es unproduktiv wird und somit im Rahmen der Bodenreform enteignet werden kann. Es regelt auch, dass das Land nachhaltig und angemessen genutzt, die Umwelt geschützt und die Rechte der Arbeitnehmer*innen oder das Wohlergehen der Arbeitnehmer*innen respektiert werden muss.

Der Gesetzesentwurf 4357 verhindert die Enteignung des Eigentums auch dann, wenn der Eigentümer es nicht nachhaltig und angemessen nutzt, die Umwelt nicht *entsprechend* schützt.
Mit dem Vorschlag aus dem Gesetz 8629, das die verfassungsrechtlichen Bestimmungen zur Agrarreform regelt, werden die in der Bundesverfassung vorgesehene Rechte gestrichen. Es soll nicht mehr möglich sein, dass Eigentum, das seine soziale Funktion als produktives Land nicht erfüllt, im sozialen Interesse zu enteignen.

Soziale Funktion des Landes. - Artikel 186 der brasilianischen Verfassung.

In der Argumentation zur Verteidigung des Vorschlags erklären die Abgeordneten, die dieses Projekt befürworten, dass eine Enteignung aufgrund der Nichterfüllung der sozialen Funktion des Landes, d.h. der produktiven Nutzung, „negative Folgen haben kann, wie z.B. eine Verringerung der landwirtschaftlichen Produktion, was sich negativ auf die brasilianische Wirtschaft und die Ernährungssicherheit der Bevölkerung auswirkt“. Sowie als weiteres Argument, dass dies „soziale Konflikte hervorrufen könnte, da sich die Eigentümer dieses Landes angegriffen fühlen“. Und „diese Konflikte können zu Gewalt und sozialer Instabilität führen“.

Diese Bewilligung bedeutet einen sehr großen Rückschlag für die kleinbäuerlichen Familien und traditionellen Landgemeinden. Denn der Gesetzesentwurf, der von der Fraktion der Agrarindustrie verfasst wurde, ändert das Gesetz über die Enteignung von Grund und Boden zum Zwecke der Agrarreform (Gesetz 8629/1993). Damit legt der Gesetzesentwurf fest, dass ländliches Eigentum nur dann nicht enteignet werden kann, wenn es produktiv ist. Das heißt, es würden die im Artikel 186 der brasilianischen Verfassung festgelegten Kriterien für die soziale Funktion des Landes / Eigentums nicht mehr erfüllt werden müssen.

Dies ist nur eines von vielen Beispielen, wie versucht wird den kleinbäuerlichen Familien und traditionellen Landgemeinden immer mehr das Recht auf Land zu entziehen.
Die Regierung Lula’s setzt sich für die Rückkehr von Sozialprogrammen ein, auch Bildung, Kultur, Wissenschaft, Technologie, Sicherheit, Souveränität, etc, und besonders für die Hungerbekämpfung und Unterstützung der Bevölkerung in extremer Armut, was natürlich sehr dringend ist, besonders aufgrund der verheerenden Rückschläge der Vorregierung. Wenn jedoch die Landfrage nicht gelöst wird, wird die Hungerbekämpfung leider bei der Verteilung von Essenskörben, Anlegen von solidarischen Gemeinschaftsküchen, etc. bleiben.

Der bekannte brasilianische Soziologe Betinho - Herbert de Souza, 1935 – 1997), beschrieb es folgendermaßen:
„DIE SEELE DES HUNGERS IST POLITISCH!
Wenn man nicht genug zu essen hat, dann deshalb, weil einem alles andere verwehrt wurde.
Es ist eine Form der modernen Beschneidung oder Verbannung. Der Tod im Leben.
Und Verbannung von der Erde.“

Landgemeinde Curral Novo, im Landkreis Curaçá

Die aktuelle Regierung will auch prioritär ein Augenmerk auf den Schutz der Biome, der Biodiversität legen und gegen die Abholzung und Klimawandel vorgehen. Die Energiewende wird angestrebt und die `sogenannte´ grüne Energieindustrie bestärkt.
Zudem wird auch das Abkommen EU-Mercosur als dringend und wichtig angesehen, auch aufgrund des Druckes der Großunternehmen, besonders der Agrar- und Finanzwirtschaft, damit diese Handelsverträge abschließen können.
Wer leider die negativen Auswirkungen tragen muss, sind Landarbeiter*innen sowie vor allem die traditionellen Landgemeinden und kleinbäuerliche Familienlandwirtschaft. Das Augenmerk liegt in der Produktion für den Export. Oft muss dabei prekäre Arbeit in Kauf genommen werden, die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen, Wasser, Land, Zerstörung der Biome, Monokultur, Verletzung von Menschenrechten, Landkonflikten, etc.

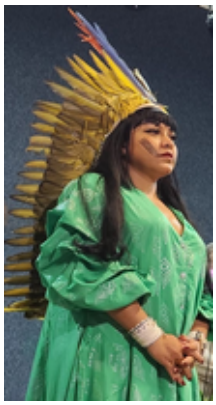
Das Semiaride Gebiet (Trockengebiet) Brasilien

Das semiaride Gebiet Brasiliens, ehemals bekannt als Land, in dem es aufgrund der Dürreperioden nicht lebenswert ist, konnte besonders wegen der Netzwerkarbeiten, Artikulierungen und Organisationen sowie der Arbeiten der Nichtregierungsorganisationen zeigen, dass es möglich ist, gut zu leben. Eine Grundvoraussetzung hierfür ist jedoch die Garantie von Land in ausreichender Größe aufgrund der klimatischen Bedingungen. Die angepassten Technologien sind wichtig; gerade durch den Bau von Regenwasserzisternen konnte ein großer Schritt getan werden, damit die Bevölkerungen Regenwasser bevorraten kann für die Trockenzeit. Mittlerweile konnte über den Dachverband der Nichtregierungsgruppen ASA (Artikulierung im semiariden Gebiet) 1.200.000 Regenwasserzisternen für den Trinkbedarf, sowie 250.000 Produktionszisternen gebaut werden. Mit der Sorge um die Wiederaufbereitung und Wiederverwertung von Gebrauchswasser konnte aufgrund der Technologie, die wir in einigen Landgemeinden zur Anwendung bringen und die als sehr positiv bewertet werden, wurde es von ASA als wichtig empfunden, auch diese in das Projekt mit einzubeziehen.
Diese wichtigen Erfahrungen und Beispiele wurden auch bei COP16, der Konferenz der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Desertifizierung in Riad, Saudi-Arabien, vorgestellt. Vertreter*innen der organisierten Zivilgesellschaft und der Regierungen von 196 Ländern nahmen teil.

Die ASA war bei der Veranstaltung vertreten durch Roselita Vitor, Landwirtin, Juliana Bavuzo, Koordinatorin des Programms „Eine Million Regenwasserzisternen“ (P1MC), und Paulo Pedro de Carvalho, Mitglied der Arbeitsgruppe der Organisation zur Bekämpfung der Desertifizierung. Sie sprachen über die Erfahrungen der Konviventia mit dem semiariden Klima in Brasilien, als wichtige und gute Praktiken der Klima Resilienz.

Jedoch muss immer wieder betont werden, wie wichtig der Beitrag der indigenen Völker und traditionellen Landgemeinden für die Biodiversität und Biome ist. Denn diese Bevölkerung sind die wahren Hüter der Natur. Vor allem auch, weil sie mit der Natur, den Biomen und Umwelt leben und sie nicht als Ware (Ding) betrachten.

Toré: Eine kulturelle Manifestation von großer Bedeutung für die indigene Bevölkerung, die Tradition, Musik und Religiosität umfasst.



„Wir sind die Hüter der Erde. Wir, die ursprünglichen und angestammten Völker der Erde, verstehen, dass die Erde nicht nur ein Ort ist, an dem wir leben, ein Boden, auf dem wir gehen; sie ist unsere Familie, unsere Großmutter, unsere Mutter, unsere Schwester. Sie ist ein Teil von uns. Weil wir dies wissen, sind wir die Hüter der biologischen Vielfalt dieses Planeten. Die Gesellschaft als Ganzes muss über die Beziehung zur Erde nachdenken. Entweder ändern wir die Art und Weise, wie mit der Erde umgegangen wird, oder es wird keine Zukunft mehr geben.“ Célia Xakriabá, indigene Abgeordnete.

(https://www.poder360.com.br/opiniao/guardioes-da-terra/)

In der semiariden Region Brasiliens werden die Völker und Familien der traditionellen Landgemeinden immer mehr von der Gewinnsucht der Großunternehmen, die vor allem an deren Landflächen interessiert sind, bedroht. Bei diesem Land handelt es sich jedoch in der Regel um gemeinschaftlich genutzte Weideflächen. Oft wird seitens der Großunternehmen behauptet, dass die Familien der Entwicklung im Wege stehen. Diese sogenannte Entwicklung muss hinterfragt werden, denn gerade diese Entwicklung und die „Nachhaltigkeit“ dieser Projekte verursacht wahre Verwüstung und grobe Menschenrechtsverletzungen.

Im Jahr 2023 wurde von der Companhia Baiana de Pesquisa Mineral (Kompanie des Bundeslandes Bahias zum Auffinden von Eisenerzen), die Entdeckung einer Erzabbau/Mineral-Provinz im Norden des Bundeslandes Bahias bekanntgegeben. Es wurde von einer großen Quelle von Nickel, Gold, Eisen, Phosphat, Kobalt, Kupfer Eisen-Titan-Vanadium und seltenen Erden, gesprochen, die vor allem in den Landkreisen Campo Alegre de Lourdes, Pilão Arcado, Remanso und Casa Nova in der Diözese Juazeiro, gefunden wurden.
Obwohl erst im Jahr 2023 über die „Erzabbau/Mineral-Provinz“ berichtet wurde, wurden Informationen über die Vorkommen von Eisenerzen seit vielen Jahren gesammelt.
Bereits im Jahre 2016 war auf der Homepage der Companhia Bahiana de Pesquisa Mineral ein Artikel zu lesen, in dem es hieß, dass das Unternehmen Geosol von der staatlichen Stelle zur geologischen und mineralischen Erforschung beauftragt wurde.
Dies lässt Rückschlüsse ziehen, auf die letzten Übergriffe von Erzabbauunternehmen gegen ca. 20 traditionelle Landgemeinden Fundo de Pasto im Landkreises Campo Alegre de Lourdes, die seit Ende November 2024 erfolgen.
Das Unternehmens Geosol, das Dienstleistungen für die Companhia Baiana de Pesquisa Mineral (CBPM) erbringt, drangen mit Maschinen in traditionelle Landgemeinden ein, ohne jegliche Lizenz oder ohne Dialog mit den Familien.
Als die Dorfbewohner*innen der Landgemeinde Barra in Campo Alegre de Lourdes die Präsenz des Unternehmens bemerkte, gelang es ihnen, zusammen mit den Dorfbewohnern*innen von 5 weiteren umliegenden Landgemeinden zu verhindern, dass das Unternehmen mit den Arbeiten begann und sie zwangen die Arbeiter, die Landgemeinde zu verlassen.

In einer anderen Nachbargemeinde gelang es dem Unternehmen einen Teil der Fläche zu „reinigen“ – also abzuholzen, um mit den Arbeiten zu beginnen. Als die Gemeindebewohner*innen dies bemerkten, konnten sie erneut mit Hilfe der Familien aus anderen Landgemeinden das Unternehmen daran hindern, die Arbeiten fortzusetzen und sie aus der Landgemeinde hinauszubefördern.

Auch in der Landgemeinde Cacimbinha, begannen Mitarbeiter von Geosol mit den Arbeiten, -bohrten zur Entnahme von Erz (Stein)-Proben, fällten einheimische Caatinga-Vegetation. Wieder konnten sich die Familien zusammenschließen und ihre Landflächen verteidigten, damit das Unternehmen die Bohrungen nicht weiterführen konnten.
In allen Landgemeinden wussten die Dorfbewohner*innen, dass das Unternehmen keine Erlaubnis und keine Umweltlizenz hatte. (Informationen: CPT)

Dieses Beispiel und Vorgehensweisen der Unternehmen wiederholt sich in vielen weiteren Landgemeinden.

Die Familien und traditionellen Landgemeinden standen auch im Jahr 2024 großen Herausforderungen gegenüber. Erneut wird deutlich, wie wichtig die Organisierung, Artikulierung und Zusammenschluss der Familien, Dörfer und sozialen Organisationen zur Verteidigung der Landgemeinden, Landflächen, der traditionellen Lebensweisen, der stehenden Caatinga und Menschenrechte ist.

Seminar mit Vertretern und Vertreterinnen der Landgemeinden und sozialen Bewegungen und Organisationen

Die Begleitung der Familien und traditionellen Landgemeinden, Schulungen, Kurse, Studientage, politische Bildung sowie die Stärkung und Vereinigung der sozialen Organisationen und Basisbewegungen sind wichtige Bausteine. Hierbei ist es auch von großer Bedeutung, die solidarische Ökonomie zu stärken, die regionalen Märkte, die Vermarktung der in kleinbäuerlicher Landwirtschaft hergestellten Güter. Denn die traditionellen Landgemeinden und kleinbäuerliche Familienlandwirtschaft produzieren den Großteil der Nahrungsmittel (70 %) für die brasilianischen Bevölkerung.

Auch fordert die Realität im ländlichen Bereich, dass immer wieder Maßnahmen getroffen werden müssen, die den Familien bei der Verteidigung der Landflächen und Forderung ihrer Rechte hilfreich sein können und sie stärken.
Ein wichtiges Instrument dabei ist die Forderung des Rechts der freien, angekündigten und informierten Anhörung/Konsultation der Völker und traditionellen Landgemeinden entsprechend des ILO-Übereinkommens Nr. 169.

Anmerkung: Die ILO-Konvention Nr. 169 ist das einzige international verbindliche Instrument, das sich umfassend und spezifisch mit den Rechten indigener, in Stämmen lebender Völker und traditionellen Landgemeinden befasst. Es basiert auf der Anerkennung, dass Völker und traditionelle Landgemeinden die Kontrolle über ihre eigene Organisation und Lebensweisen ausüben. Dadurch werden Identitäten und die spezifische Lebensweise erhalten. (Wir berichteten bereits darüber.)

Durch die Schulungen und Kenntnisse dieser Rechte, berufen sich die Familien immer mehr auf die ILO-Konvention Nr. 169 und fordern diese ein.
In einigen Landgemeinden konnte erreicht werden, dass die Maßnahmen einiger Großunternehmen, besonders der Energieerzeugung und Erzabbau gebremst werden. Denn in der Regel steht die Staatsanwaltschaft hier auf der Seite der traditionellen Landgemeinden und fordert, dass diese angehört und konsultiert werden. Vor allem, ehe Umweltlizenzen seitens der zuständigen staatlichen Umweltbehörden (Landkreis, Bundesland oder Staat) bewilligt werden. Die gilt für alle Projekte, die die traditionelle Lebensweise einer Landgemeinde beeinflussen.

Dies bedeutet nicht, dass die Umsetzung der Baumaßnahmen eines Unternehmens verhindert wird. Jedoch werden die Abläufe sehr viel mühsamer, zeitaufwendiger und vor allem stellen die Familien ihre Forderungen. Besonders auch weil die Familien bisher seitens der Großunternehmen bewusst ignoriert und missachtet wurden.

In der traditionellen Landgemeinde Fundo de Pasto Caracol, Landkreis Casa Nova

Nachfolgend einige der im Jahr 2024 ausgeführten Arbeiten und Aktionen.

<u>Begleitung und Rechtsbeistand in traditionellen Landgemeinden</u>
Während des gesamten Jahres über wurden Familien und traditionelle Landgemeinden Fundo de Pasto in Landkonflikten begleitet, auch seitens des Rechtsbeistandes.
Es handelt sich hierbei um folgende Landgemeinden in den verschiedenen Landkreisen des Bundeslandes Bahias.
Landkreis Curaça: Esfomeado, Vargem Comprida, Sto. Antônio.
Landkreis Uaua: Caldeirãozinho, Papagaio, Pintadinhas, Barnabé, Pé da Serra e Lage das Aroeiras, Ouricuri.
Landkreis Canudos: Bom Jardim, Raso, Pedra Branca.
Landkreis Sento Sé: Fartura, Sitio, Lages und die Landgemeinden die innerhalb der Fläche des künftig umgesetzten Nationalparkes Boqueirao da Onça sind.
Landkreis Remanso: Caldeirão do Sal.

Landkreis Juazeiro: Caiçara, Caboclo, Malhada da Areia, sowie 13 traditionelle Landgemeinden die dem Komitee der Bauernvereinigungen der traditionellen Landgemeinden angehören.
Landkreis Abaré: Alto Vermelho.

In der traditionellen Landgemeinde Fundo de Pasto Pintadinhas, Landkreis Uauá.

In der traditionellen Landgemeinde Fundo de Pasto Caiçara, Landkreis Juazeiro

In den jeweiligen Konfliktsituationen, die die traditionellen Landgemeinden erleiden, ist auch der Rechtsbeistand sehr wichtig, vor allem auch um Informationen über den jeweils aktuellen Stand der rechtlichen Situation mitverfolgen zu können.
Dadurch können weitere Schritte eingeleitet werden und beispielsweise Gesuche an die Staatsanwaltschaft eingereicht werden, bzw. Besprechungen mit den Staatsanwälten*innen. Zudem wird bei den zuständigen staatlichen Organisationen gefordert, dass Maßnahmen getroffen werden zum Schutz der Familien und der traditionellen Landgemeinden.
Daher wurden das gesamte Jahr über Besprechungen und Studientage abgehalten, damit die Familien Kenntnisse vertiefen und jeweils Vorkehrungen treffen konnten.

Die traditionelle Landgemeinde Fundo de Pasto Bom Jardim, im Landkreis Canudos, die von der Installierung eines Windenergieparks (28 Windräder) bereits betroffen und von weiteren Baumaßnahmen (325 Windrädern und Sonnenenergieanlagen) bedroht ist, bat um Unterstützung zur Ausarbeitung des autonomen Protokolls zur freien, angekündigten und informierten Anhörung/Konsultation.

Traditionelle Landgemeinde Fundo de Pasto Bom Jardim

Die traditionellen Landgemeinden, die das Recht auf Freie Anhörung des ILO-Übereinkommen, Nr. 169 fordern, müssen sich vorbereiten und die Themen innerhalb der Landgemeinde vertiefen. Die Ausarbeitung des autonomen Protokolls der jeweiligen Landgemeinde ist hierfür sehr wichtig. Dies erfolgt in verschiedenen Etappen und Studientagen mit den Familien der jeweiligen Landgemeinden.
Je nach Landgemeinde sind zwischen 8 und 16 Studientage notwendig, die in der Regel im 6-wöchigen Abstand stattfinden. Viele Landgemeinden bevorzugen die Wochenenden zu den Studientagen, um so eine große Teilnehmer*innenzahl zu gewährleisten. Zwischen den Studientagen sammeln die Familien die notwendigen Informationen über die traditionelle Landgemeinde.

Neben der Geschichte der traditionellen Landgemeinde wird die gesamte Artenvielfalt erfasst, sei es in Fauna und Flora, die Pflanzen der Caatinga aufgezeigt, sowie der Familienstammbaum, um festzustellen, seit wie vielen Generationen die Menschen in der jeweiligen Landgemeinde leben, zudem wird über die vorgesehenen Rechte der traditionellen Landgemeinden intensiv diskutiert, die gesamte traditionelle Fläche (Territorium), die von dem Dorf genutzt wird. Und schließlich Punkte, wie die Landgemeinde von den Vertreter*Innen der zuständigen staatlichen Umweltbehörden, angehört werden möchten (z. B. Wird hierbei oft eine vorherige schriftliche Terminvereinbarung gefordert, dass die Umweltbehörde die Projektanträge des Großunternehmens vorlegen muss, den Zeitpunkt zur Anhörung - oft wird von den Familien die Wochenenden als möglich angesehen, dass kein Vertreter der Großunternehmen teilnehmen darf. u.a.m.). Die Dorfbewohner*innen haben das Recht zu entscheiden, wie sie angehört werden möchten.

Studientag in der Landgemeinde

Wenn alle Etappen beendet sind, schreiben wir alle Informationen in einer Broschüre zusammen, die vor dem Druck nochmal in der Landgemeinde durchgelesen wird, um die letzten Änderungen vorzunehmen. Danach werden diese Broschüren/Hefte gedruckt und die Menschen der jeweiligen traditionellen Landgemeinden erhalten die Exemplare.

Zudem wurde im Jahre 2024 in weiteren 20 traditionellen Landgemeinden Fundo de Pasto und bei dem indigenen Volk der Tuxi im Landkreis Abaré mit der Ausarbeitung des autonomen Protokolls begonnen.

Indigenes Volk Tuxi, Landkreis Abaré.

Das Wichtigste an der Ausarbeitung des autonomen Protokolls ist die pädagogische, politische und bewusstseinsbildende Arbeit, damit die Familien zu Protagonisten werden.

Einige der Protokolle, die Brasilienweit von den indigenen Völkern und traditionellen Landgemeinden ausgearbeitet werden.

Anmerkung zur derzeitigen Situation in der traditionellen Landgemeinde Fundo de Pasto Bom Jardim, Canudos: die staatliche Umweltbehörde fragte zum Jahresbeginn 2024 bei der Bauernvereinigung nach, wann sie die Ilo-Konsultation durchführen können.
In diesem Fall ist dies absurd, weil die französische Firma Voltalia bereits 28 Windtürme in der Landgemeinde aufgestellt hat, ohne dass eine öffentliche Anhörung, noch die freie, vorherige und informierte Anhörung/Konsultation der Ilo-Konvention durchgeführt wurde. Die Umweltbehörde hatte vor einigen Jahren die Umweltlizenz bewilligt, ohne die rechtlichen vorgegebenen Schritte zu berücksichtigen. Zusätzlich wurde eine Umweltlizenz vergeben, die nur leichte bis mittlere negative Konsequenzen auf die Umwelt mit sich ziehen würde, weil vergessen wurde aufzuführen, dass es in dieser Region den blauen Arara-azul de Lear gibt, der vom Aussterben bedroht ist.
Mit der Ankunft des Unternehmens in der Landgemeinde wurden die Familien dieser Gemeinde gespalten, die Dorfbewohner*innen gegeneinander aufgehetzt. Die Verteidigung der Landflächen wird dadurch beträchtlich eingeschränkt. In den letzten Jahren kam es immer wieder zum Stillstand des

Bauprojektes, weil die Staatsanwaltschaft und Justiz auch die widerrechtlichen Vorgehensweisen erkannten. Auch wurde eine öffentliche Anhörung seitens der Staatsanwaltschaft gefordert und die Ausarbeitung eines detaillierten Berichtes über die zu erwarteten Konsequenzen angefordert.
Trotzdem konnten 28 Windräder installiert werden und die französische Firma bekam dafür sogar die Betreiberlizenz.
Das Unternehmen Voltalia selbst gab dann die Ausarbeitung des detaillierten Berichtes in Auftrag und nach dessen Fertigstellung wurde dieser in der Landgemeinde und an die sozialen Organisationen verteilt.
Danach räumte Voltalia eine öffentliche Anhörung für den 11 Dezember 2024 an, um diesen Bericht vorzustellen.
Es war absurd, denn im Prinzip müsste die staatliche Umweltbehörde zur öffentlichen Anhörung aufrufen und einladen. Das Unternehmen hielt 3 Tage vor der öffentlichen Anhörung eine „Vorveranstaltung“ ab, zu der sie die Dorfbewohner*innen einlud, um wie es hieß, sie für die Anhörung vorzubereiten.
Man findet keine Worte, denn bei dieser Vorveranstaltung nahm auch eine Vertreterin der Umweltbehörde Inema teil, die dies als selbstverständlich sah und sogar versuchte Gesetzesinhalte falsch zu interpretieren, nur, um diese Veranstaltung als gültig zu erklären.

Wir brachten Spruchbänder am Eingang der öffentlichen Anhörung an.
Nachhaltige Energie, Ja. aber nicht auf diese Art und Weise.

Die Tücher von Irpaa hängten wir vorne, am Rednerpult auf.

Am Tag der öffentlichen Anhörung waren wir mit dabei; obwohl klar war, dass es schwierig sein würde, war uns nicht klar, wie stark die Umweltbehörden und das Unternehmen unter einer Decke steckten. Am Tisch waren nur Inema (Umweltbehörde) und Voltalia. Die Staatsanwaltschaft wurde so spät eingeladen, dass sie zeitlich nicht mehr teilnehmen konnten. Außerdem war ein Vertreter des Sekretariats der Rassengleichheit unter dem Publikum, wurde jedoch nicht zum Rednertisch gerufen. Es war insgesamt ein fürchterliches Schauspiel, eher eine Propagandaveranstaltung des Unternehmens. Wir haben uns alle angemeldet, um uns vorbringen zu können, jedoch wurden unsere Beiträge ganz nach hinten geschoben, und wir wurden erst nach 16 Uhr nachmittags aufgerufen, um dann für 3 Minuten pro Person sprechen zu können. Die Anhörung, die für 9 Uhr vorgesehen war, begann um 10.40 Uhr; am Nachmittag, aufgrund auch der Hitze, ohne Mittagessen, etc. verließ ein Großteil des Publikums die Veranstaltung.

Zudem hatte das Unternehmen einige Busse mit Menschen gebracht, die alle für das Unternehmen sprachen, sich bedankten für alles Mögliche, was sie von Voltalia erhalten haben, was eigentlich Arbeit der Stadtverwaltung wäre, z.B. Wasserwagen, Essenskörbe.
Als wir endlich sprechen konnten, zeigten wir die unrechtmäßigen Dinge auf, wurden dabei ständig unterbrochen und es wurde über uns gewitzelt. Es war absurd.

Am nächsten Tag baten wir um eine online Besprechung mit der Staatsanwaltschaft, um dieses Vorgehen anzuzeigen; weiters wurde ein Einspruch erarbeitet, gegen die Vorgehensweise und Art und Weise wie alles gegen gültiges Recht ablief, damit der Richter die öffentliche Anhörung nicht akzeptiert.

Nur an diesem Beispiel kann gesehen werden, wie mühsam der ungleiche Kampf zwischen den Traditionellen Landgemeinden und den Großunternehmen und dem Staat ist. Auch wie wichtig die Begleitung der Familien ist.

Ein Vertreter der Universität mit dem wir gemeinsam in einigen Landgemeinden arbeiten, vertiefte vor der Anhörung Dokumente, etc. und stellte fest, dass das Projekt über 350 Windräder vorsieht, sowie 22 Solar-Parkanlagen in der Nähe dieser Landgemeinde, was jedoch bisher verschwiegen wurde. Wir druckten diese Informationen aus und verteilten sie unter dem Publikum (sh. im Anhang).
Als der Vertreter der Universität dies bei der Anhörung vortrug, wurde er belächelt und der Vertreter von Voltalia sagte, dass er nicht weiß, wie diese Untersuchung aufgestellt wurde, dass sie falsch sei. Jedoch sagte er auch nicht, wie es richtig ist. Eigentlich wurde keine unserer vielen Fragen beantwortet.

Ein Dorfbewohner spricht über die Respektlosigkeit die die Gemeinde erfährt.

Der Vertreter der Universität zeigt die Dokumente, die bisher von dem Unternehmen verschwiegen wurden.

<u>Besprechungen in den traditionellen Landgemeinden Fundo de Pasto</u>
Das gesamte Jahr über fanden Besprechungen mit den Familien in den Dörfern statt, um über ihre Realität und Herausforderungen zu erfahren. Informationen über die vorgesehenen Rechte der traditionellen Landgemeinden und Kenntnisse über Eigentumsrecht der Landflächen oder des Nutzungsrechtes vertieft.

Hierbei erfahren wir von vielen Landgemeinden, dass fremde Menschen in die Dörfer kommen. Teilweise fotografieren sie, nehmen Steine mit und sprechen oft nicht mit den Familien. Andere wiederum sagen, dass sie ein interessantes Projekt in die Landgemeinde bringen werden, die Gemeinde nichts dagegen unternehmen kann, auch wenn sie dagegen sind, weil sie bereits alle Abwicklungen mit den staatlichen Stellen erledigt haben. In der Regel wird das Dorf gespalten, die Menschen gegeneinander aufgehetzt. Für einige der Dorfbewohner*innen sind die Versprechungen und Propaganda der Großunternehmen verlockend.

Oft wird nur die angebliche Beschaffung von Arbeitsplätzen und Abfindungen für das Land in den Vordergrund gestellt. Es wird vergessen, dass die Garantie von Land und Fortdauer in den Landgemeinden die Grundlage des Lebens und Produzierens für die Familien bedeutet.
Zum einen handelt es sich um kurzzeitige Arbeitsplätze, die sogenannten allgemeinen Arbeiten, beispielsweise das Roden der Caatinga - Buschweide - zur Installierung der Großprojekte. Und es ist diese Buschweide, die den Familien oft seit 7 bis 10 Generationen die Grundlage des Lebens bot, weil dies die Weide für die Ziegen und Schafe der Familien ist. Zudem ist die Tierhaltung die Haupteinnahmequelle der Familien in den Landgemeinden.

Traditionelle Landgemeinde Fundo de Pasto Papagaio, Landkreis Juazeiro-

Traditionelle Landgemeinde Barra de Umbuzeiro, Landkreis Sobradinho

Bei den Abfindungen ist die rechtliche Situation des Landes oft nicht gegeben, weil es sich um öffentliches, staatliches Land handelt, die Familien das Nutzungsrecht haben, jedoch nicht Eigentümer sind. Damit sind Abfindungen nur für evtl. Installierungen, Ziegenställe, Wasservorratsbecken, etc., die sich auf dieser Fläche befinden, möglich. Die Familien werden diesbezüglich nicht von den Großunternehmen aufgeklärt.
Die Besprechungen sind wichtig, damit die Familien über Lösungen und Vorgehensweisen beraten können.

Traditionelle Landgemeinde Rancho do Padre, Landkreis Campo Formoso

Sozialen Kartografie in der traditionellen Landgemeinde Fundo de Pasto, Caldeirãozinho im Landkreis Uauá.

In Zusammenarbeit mit einem Landwirtschaftsstudenten der staatlichen Universität des Sao Franciscoflusses, Petrolina, wurde die soziale Kartografie durchgeführt. Dabei wurden wichtige Daten und Informationen der Landgemeinde aufgefasst, aufgeschrieben und vertieft: Die gesamte Landgemeinde, Landflächen, Weideland, Ackerflächen, Technologien, die Geschichte der traditionellen Landgemeinde. Für die Familien wichtige historische Stellen in der Landgemeinde.
Alle Informationen werden bei der Erstellung der Karten und Broschüre mit einbezogen.
Außerdem Hinweise über Erzvorkommen auf den Landflächen der Gemeinde. Sowie Antragstellungen seitens Erzabbauunternehmen für Probebohrungen oder Erzabbau. Diese Informationen sind bei der staatlichen Nationalen Agentur des Erzabbaus (ANM – Agência Nacional de Mineração) mit der GPS-Lokalisation zu finden. In der traditionellen Landgemeinde Fundo de Pasto Caldeirãozinho sind folgende Erze aufgeführt: Kupfer, Marmor, Nickel, Granit und Phosphat. Bereits 11 Unternehmen haben Antrag auf Probebohrungen gestellt.

(Sh. Seite 15 des Heftes der sozialen Kartografie:
https://u.pcloud.link/publink/show?code=XZH0IO0Zc9iixwpsgBb9vclVH9egcYSh0Pak

Diese Arbeit und ist von großer Wichtigkeit für die Dorfbewohner*Innen, weil neben der Mobilisierung der Familien auch viele interessante und wichtige Informationen aufgezeichnet, festgehalten und systematisiert werden und die Dorfgemeinschaft dieses Material, Karten, Broschüre, Fotos, etc. erhält. Außerdem können auch wichtige Hinweise über das Interesse und Investitionen - beispielsweise von Erzabbauunternehmen - vorab erfasst werden. Daraufhin haben die Familien die Möglichkeit vorbeugende Maßnahmen zu treffen, um ihre Landgemeinde zu schützen und das Land zu verteidigen.

Veranstaltung in der traditionellen Landgemeinde Fundo de Pasto Caldeiraozinha - Veröffentlichung der Materialien der Sozialen Kartografie

Seminar für traditionelle Landgemeinden, die von Großunternehmen zur Energiegewinnung und Überlandleitungen betroffen sind.

Im Jahre 2024 wurden wir von ca. 20 traditionellen Landgemeinden Fundo de Pasto der Landkreise Abaré, Curaçá, Juazeiro und Remanso um Rat und Unterstützung gebeten. In all diesen Landgemeinden tauchten fremde Menschen auf, die nach Informationen über die Landgemeinde, und Besitzverhältnisse des Landes, traditionelle Lebensweisen, etc. fragten. Die Fragen wurden begründet, weil angeblich ein neues Projekt installiert werden soll. Es handelt sich um Überlandleitungen, damit der erzeugte Strom (Sonnen oder Windenergie) abgeleitet werden kann. Es wurde behauptet, dass die Familien der Landgemeinden nichts dagegen tun können, weil es sich um ein Projekt des öffentlichen Interesses handelt.

Angedeutet wurde, dass die Vertreter*innen des Unternehmens in die Landgemeinde zurückkommen werden, um Land zu vermessen und weitere Informationen zu hinterfragen. Auch wurden Abfindungen für das Land versprochen und betont, dass alle administrativen Prozesse bereits abgewickelt sind. Sollten sich die Dorfbewohner*innen gegen das Projekt entscheiden, wurde angekündigt, dass sie dann eine polizeiliche Anzeige erhalten und ein gerichtlicher Prozess eingeleitet wird und sie dann auch jegliche Abfindung verlieren. Leider haben sich einige der Dorfbewohner*innen von diesen Drohungen einschüchtern lassen und Formulare unterschrieben, von denen sie nachher nicht wussten, was sie eigentlich unterzeichnet haben, sie den Namen des Unternehmens nicht wussten und sie auch keine Kopie dieser Verträge erhalten haben.

Da wir bei Irpaa bisher keine Erfahrungen mit Projekten von Überlandleitungen hatten, fragten wir bei der Vereinigung der Rechtsanwälte der Ländlichen Arbeiter (AATR) nach. Dort erfuhren wir von einer Arbeitsgruppe (Lehrer*innen von Universitäten und Vertreter*innen von sozialen Organisationen) in Feira de Santana, die seit einigen Jahren traditionelle Landgemeinden begleitet, die von der Installierung von Überspannleitungen bedroht sind.

Nach einigen Onlinebesprechungen mit Mitgliedern der Arbeitsgruppe und Bewohnern und Bewohnerinnen der betroffenen Landgemeinden wurde es als wichtig angesehen, ein Seminar abzuhalten. Dieses fand Anfang November 2024 auf dem Schulungszentrum Dom José Rodrigues von Irpaa statt. Ein Universitätsprofessor der Arbeitsgruppe trug mit den gewonnenen Erfahrungen zur wichtigen Debatte und Vertiefung von Kenntnissen bei. Besonders auch, um die Hintergründe dieser Projekte zu erläutern, auch um zu hinterfragen, warum die Familien von traditionellen Landgemeinden derartig respektlos behandelt werden und ihre spezifischen Rechte, die für Familien von traditionelle Landgemeinden vorgesehen sind, nicht garantiert werden.

Während des Seminares

Es wurde auch über traditionelle Landgemeinden berichtet, die eine Verlegung der Trasse der Überlandleitungen erreichten, nachdem die Familien um ihre Rechte kämpften. Dies zeigt, dass es verschiedene Möglichkeiten gibt. Ein Verlegen der Trasse kann das Projekt für das Unternehmen verteuern. Jedoch müssen die Familien der Landgemeinden angehört werden. Wieder begann es nicht richtig. Denn erneut wurde die ILO-Konvention Nr. 169 nicht beachtet und die Umweltlizenz, dieses Mal von IBAMA gegeben, ohne die betroffenen Landgemeinden angehört zu haben. Vor allem, weil es sich bei allen Dörfern um traditionelle Landgemeinden Fundo de Pasto handelt. Auch diese Themen wurden beim Seminar vertieft.

Bei Gruppenarbeiten konnten die Teilnehmer*innen des Seminars verschiedene Themen vertiefen: PROBLEME, die Großprojekte mit sich bringen; POTENZIALE der Landgemeinden; WAS TUN, Vorgehensweisen.

Bei den Gruppenarbeiten

Die Teilnehmer*innen des Seminars finden es wichtig. sich zu artikulieren und gemeinsam vorzugehen. Daher gibt es seither einmal im Monat online Besprechungen, um diesen Austausch zu ermöglichen.

Die Ergebnisse der Gruppenarbeiten werden vorgetragen

Zusätzlich wurden Gesuche ausgearbeitet und an die Staatsanwaltschaft geschickt, sowie auch an die zuständigen staatlichen Stellen. Besonders wird dabei betont, dass die Menschen der traditionellen Landgemeinden nicht angehört und nicht über das Projekt informiert, dass die Transparenz fehlt, etc.

<u>Verteidigung der Landgemeinden</u>

Aufgrund der vielen Bedrohungen und Übergriffe bitten die Landgemeinden um Beratung über ihre Rechte und auch über mögliche Verhaltens- und Vorgehensweisen.

Sehr wichtig ist darauf hinzuweisen, dass die einzelnen Dorfbewohner*innen nicht mit Vertretern der Unternehmen sprechen, sondern immer fordern, dass schriftlich ein Gesprächstermin mit der Bauernvereinigung vereinbart wird. Außerdem sollen keine Informationen über die Landgemeinde an Fremde weitergegeben und keine Formulare unterschrieben werden.

*Die Dorfbewohner*innen fertigen Schilder an und stellen sie auf.*

Die Familien werden auch angeregt, Schilder anzufertigen und diese, vor allen an verschiedenen Stellen der Gemeinschaftsweidefläche, aufzustellen. (beispielsweise hinweisen, dass es sich um die Landfläche einer traditionellen Landgemeinde handelt, die zertifiziert ist, Eintritt verboten, etc.). Wichtig ist, die Demarkierung der gesamten Landfläche des Dorfes.

Weitere Vorgehensweisen: Veröffentlichung der Konflikte in den sozialen Medien (hier wird immer in Absprache mit der Landgemeinde entschieden, ob und welche Informationen veröffentlicht werden); die jeweils zuständigen staatlichen Stellen über die Kon-

flikte informieren und fordern, dass sie Stellung dazu nehmen; bei Bedrohung auch eine polizeiliche Anzeige stellen; die Staatsanwaltschaft informieren und Unterstützung anfordern.

Besprechungen mit Vertretern und Vertreterinnen der Landgemeinden, sozialen Bewegungen und Staatsanwaltschaft

Aufgrund der groben Menschenrechtsverletzungen waren Besprechungen mit der Staatsanwaltschaft notwendig. Dabei wurde bestärkt, dass die Familien der traditionellen Landgemeinden immer mehr um ihre Fortdauer in den Dörfern bangen und die Menschenrechte und die Rechte die für die traditionellen Landgemeinden vorgesehen sind, nicht gewährleistet sind.
Die Großunternehmen die immer mehr in die Landgemeinden vordringen, ignorieren, dass dort Menschen, oft weit über 150 Jahre, leben.
Beim Großteil der Besprechungen wurde vereinbart, dass die Staatsanwaltschaft mit den jeweiligen Unternehmen und Regierungsstellen Verbindung aufnimmt um Vorbeugungen zu treffen. Da dies in der Regel langwierig ist, setzen die Unternehmen in der Zwischenzeit leider ihre Arbeiten fort.

Weitere ausgeführte Tätigkeiten:

- Schulungen für Jugendliche über Themen um Landrecht.
- Kurse für Frauen aus traditionellen Landgemeinden Fundo de Pasto über die Ursachen von Landkonflikten und Maßnahmen zur Verteidigung der Territorien.
- Studientage mit Vertretern und Vertreterinnen der Kommission der regionalen Artikulierung Fundo de Pasto, Juazeiro und mit der Artikulierung Fundo de Pasto Curaçá, Uauá und Canudos.
- Ausarbeitung von didaktischem Material.
- Einführungskurse in Landgemeinden über Konvention 169 der ILO (Internationale Arbeitsorganisation).
- Besprechungen mit Vertretern und Vertreterinnen von Landgemeinden und Vertreter*Innen von Regierungsbehörden.
- Begleitung der Bauern und Bäuerinnen zur Anzeigeerstattung bei der Polizei.
- Begleitung der Bauern und Bäuerinnen bei Gerichtsverhandlungen.
- Besprechungen mit Komitees von Bauernvereinigungen.
- Teilnahme am populären Observatorium der Mineração und Windenergie der Universität-UNEB, Juazeiro.
- Studientage der Arbeitsgruppe Land (mit Kollegen und Kolleginnen von Irpaa).
- u.a.m.

Treffen mit Bauernführer und Bauernführerinnen im Landkreis Canudos

Hoffentlich konnten wir einen Eindruck über die Situation und ausgeführten Arbeiten geben. Abschließend kann wiederholt werden, dass die Organisierung und Arbeit in Netzwerken besonders wichtig sind, weil dieser Zusammenschluss stärkt.
Allgemein können die Ergebnisse der Arbeit manchmal als gering eingeschätzt werden, jedoch ist das Ergebnis und Erfolg, wenn die Familien auch weiterhin in ihren Landgemeinden leben und produzieren können. Dies bedeutet sehr viel für die Menschen im semiariden Gebiet Brasiliens und bedeutet ein großes Ergebnis für die Landgemeinden.

Es ist wichtig anzumerken, dass es sich in der Regel um sehr langsame und langwierige Abläufe handelt, weil es sich um heikle und schwierige Themen handelt. Dabei sind vor allem Verständnis, Geduld und Einfühlungsvermögen notwendig, damit die Landgemeinden Protagonisten sind und federführend Rollen und Entscheidungen übernehmen.
Dies ist nur möglich, wenn die Menschen Zugang zu notwendigen Kenntnissen haben und sie diese auch umsetzen. Wichtig sind die Partnerorganisationen, die die Landgemeinden in diesem ungleichen Kampf unterstützen.

Studientag mit Frauen aus traditionellen Landgemeinden Fundo de Pasto, Landkreis Juazeiro

Liebe Freundinnen, liebe Freunde des Brasilienkreises Marls, wir möchten uns bei Euch allen, besonders auch im Namen des Arbeitsteams von Irpaa, der Rechtsanwältin und den Familien der traditionellen Landgemeinden für die Unterstützung und Vertrauen bedanken. Durch das Miteiandergehen und Euere Solidarität können wir auch in schwierigen Situationen Kraft und Hoffnung schöpfen und die Menschen begleiten.

Mit herzlichen Grüßen und Wünschen.

Maria Oberhofer

Maria Oberhofer
IRPAA
Juazeiro-Bahia